

Antrag 19/I/2026

UB PM

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Digitale Souveränität für Brandenburg — Umstellung der Verwaltung auf Open Source

1 Wir fordern die SPD-Fraktion im
2 Landtag Brandenburg auf, eine
3 wirkungsvolle Strategie für Digi-
4 tale Souveränität zu entwickeln
5 und umzusetzen.
6 Konkret fordern wir einen Um-
7 stieg des Verwaltungsapparates
8 von Land und Kommunen weg
9 von proprietärer Software hin zu
10 quelloffenen Programmen. Nach
11 dem Vorbild Schleswig-Holsteins
12 sollten dabei zuallererst sämt-
13 liche Software und Prozesse
14 der Verwaltung zu Open Source
15 Alternativen migriert werden. Für
16 echte Souveränität muss nach
17 Abschluss dieses Prozesses auch
18 Windows als Betriebssystem
19 durch eine verwaltungsorientier-
20 te Alternative ersetzt werden.

21

22 Begründung

23 Die US-Regierung unter Präsident
24 Trump zeigt seit Februar deutlich,
25 welchen Einfluss sie auf dort an-
26 sässige Unternehmen, vor allem
27 auch aus der Tech-Branche, aus-

bitte überarbeiten, auf korrekte
Formulierung achten..

28 üben kann. Es ist nur eine Fra-
29 ge der Zeit, bis diese Macht ge-
30 nutzt wird, um mithilfe dieser Un-
31 ternehmen, vorrangig Microsoft,
32 mittelbar Druck auf ausländische
33 und damit auch deutsche Behör-
34 den auszuüben. Konkret könn-
35 ten diese Unternehmen die Nut-
36 zung ihrer Produkte durch deut-
37 sche Behörden einschränken und
38 so immense Probleme im Verwal-
39 tungsapparat schaffen.

40 Deutschland muss sich davor
41 schützen und Brandenburg muss
42 mit gutem Beispiel vorangehen.
43 Schleswig-Holstein zeigt gerade,
44 wie ein effektiver Umstieg weg
45 von dieser proprietären Software
46 hin zu quelloffenen Lösungen
47 gelingen kann. Diese sind nicht
48 nur frei von politischem Einfluss
49 durch ausländische Regierungen,
50 sondern, aufgrund der wegfal-
51 lenden Lizenzkosten, auf lange
52 Sicht auch günstiger.

53 Brandenburg muss sich selbst
54 aus der digitalen Abhängigkeit
55 befreien, nur so können auch zu-
56 künftig Arbeitsfähigkeit und Da-
57 ten unserer Behörden gesichert
58 werden